

Pressekonferenz

Linz, am 17. November 2016

Wir wollen eine Finanz*fair*teilung in Oberösterreich Start Unterschriftensammlung für Petition an den öö. Landtag

Wie gerecht werden unsere Steuerbeiträge verteilt? Profitieren Frauen wie Männer gleichermaßen? Das erste politische Bekenntnis zu einer gerechten Verteilung des öö. Landesbudgets stammt aus dem Jahr 2004. Bis auf eine einmalige punktuelle Analyse ist seither wenig geschehen. Aktuell – und wir schreiben das Jahr 2016 – ist Gender Budgeting im Land Oberösterreich noch immer nicht umgesetzt.

Wir fordern die OÖ Landesregierung in einer Petition auf, im Sinne von Gender Budgeting die gerechte Verteilung des Budgets umzusetzen, regelmäßig zu evaluieren und die Ergebnisse transparent zu machen.

Für die Gruppe #OhneUnsVielSpaß informieren:

Ursula Matthey und Elisabeth Leitner-Rauchdobler

#OhneUnsVielSpaß ist eine stetig wachsende Plattform, in der sich Frauen parteiunabhängig gesellschaftspolitisch für die Anliegen der Frauen in Oberösterreich engagieren. Die Gruppe ist Mitglied des Bündnis 8. März, in dem sich 31 Frauenorganisationen in Oberösterreich zusammengeschlossen haben mit dem Ziel, Frauenpolitik sichtbar zu machen. Weltanschauliche, religiöse und politische Grenzen treten zurück und das gemeinsame Anliegen steht im Vordergrund.

Rückfragen Medien: Susanne Sametinger, +43 660 64 33 953, gemeinsam@ohneunsvielspass.at

Gerechte Verteilung des Finanzkuchens

Das Budget ist Resultat politischer Entscheidungen. Es spiegelt daher die gesellschaftlichen Prioritäten wider und wirkt auf verschiedene Lebensbereiche von Frauen und Männern als Arbeitskräfte, in der Familie, im Haushalt und in der Gesellschaft.

Gender Budgeting betrifft Frauen und Männer gleichermaßen. “Es geht *nicht* um die Erstellung separater Budgets für Frauen, sondern um die Erweiterung traditioneller Budgetgestaltung um die Geschlechterperspektive. Frauen und Männer sollen den *gleichen Zugang zu Ressourcen* haben, *dieselben Möglichkeiten* sollen ihnen offenstehen. Die unterschiedlichen Lebenssituationen beider Geschlechter müssen in budgetpolitische Entscheidungen integriert werden“, stellt Ursula Matthey klar.

Es geht um die Fragen:

- Wie wirken sich budgetpolitische Maßnahmen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in Oberösterreich aus?
- Reduzieren die budgetpolitischen Maßnahmen Geschlechter-Ungleichheiten, vergrößern sie diese oder bleibt die Situation unverändert?
- Welche Maßnahmen lassen sich daraus ableiten, um Schiefen zu vermeiden, zu verringern und zu beseitigen?
- Wie verändert sich die Beschäftigungs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern in Folge budgetpolitischer Maßnahmen?

Gender Budgeting, so definierte die **UN-Frauenkonferenz 1995 in Peking**, ist “Gender Mainstreaming auf Finanzebene“, also eine in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik, die das Spiegelbild der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schwerpunktsetzungen der Öffentlichen Hand ist.

Voraussetzungen

Gender Budgeting beinhaltet eine geschlechtsspezifische Analyse, Bewertung und letztlich Revision von Budgets und soll alle Stufen des Budgetprozesses umfassen.

Deshalb sind für das Gelingen von Gender Budgeting neben dem politischen Willen auch die Bereitstellung geschlechtsspezifischer Daten, finanzielle und personelle Ressourcen, Transparenz im Budgetprozess und eine Kooperation von allen beteiligten Stellen erforderlich.

Ursula Matthey: „Nur, wenn man sich mit dem Thema Gender Budgeting ernsthaft auseinandersetzt, es im Budget berücksichtigt und die Wirkung der gesetzten Maßnahmen kontinuierlich evaluiert, kann man erreichen, dass Frauen und Männer die gleichen Möglichkeiten haben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass sowohl die Maßnahmen als auch deren Evaluierung transparent gemacht werden.“

Genau daran scheitert es aber in der Praxis. „Sehr oft wird ein Bekenntnis zu Gender Budgeting ausgesprochen, aber erst die tatsächliche Bereitstellung von Ressourcen lässt erkennen ob der Wille über bloße Lippenbekenntnisse hinausgeht.“

Auswirkungen von Gender Budgeting

Öffentliche Ausgaben haben oft sehr unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Je nachdem, wo gespart oder investiert wird, sind Frauen und Männer unterschiedlich betroffen. Dazu einige **Beispiele**:

Verkehrs- und Mobilitätsplanung:

Frauen benutzen mehr öffentliche Verkehrsmittel als Männer, sind öfter mit dem Fahrrad unterwegs, verfügen seltener über ein eigenes Auto und haben als oft in Teilzeit Erwerbstätige mit Betreuungsaufgaben komplexere Wegeketten (Wohnung – Kinderbetreuungseinrichtung – Arbeit – Einkauf – Kinderbetreuung – Wohnung) als Männer (Wohnung – Arbeit – Wohnung).

Ziel im Sinne eines Gender-Budgeting kann es also nicht sein, ausschließlich Investitionen in den Ausbau von Straßen zu tätigen. Vielmehr ist durch eine gendergerechte Verkehrsplanung gleiche Mobilität für Frauen und Männer herzustellen. Geeignete Maßnahmen sind z.B. die Ausweitung der Streckennetze von Autobussen, eine bessere Erreichbarkeit von Haltestellen und die Verbesserung der Intervalle öffentlicher Verkehrsmittel.

Sichtbar wird dies etwa im Ergebnis einer Gender Budgeting-Analyse des Bezirks Wien Meidling (seit 2005 Gender Budgeting Pilotbezirk). Je nachdem welche Fortbewegungsart durch gezielte Maßnahmen unterstützt wird, kommen demnach zu 60 Prozent Frauen (wenn es sich um Ausgaben handelt, die den FußgängerInnen nutzen) beziehungsweise zu 59 Prozent Männern (wenn es sich um Ausgaben für den motorisierten Individualverkehr handelt) zu Gute.

Schneeräumung:

Ja, auch die Organisation der Schneeräumung hat mit Gender Budgeting zu tun: Sie ist insofern relevant, als Frauen eher zu Fuß, Männer vorwiegend mit dem Auto unterwegs sind. So wurde beispielsweise in der schwedischen Stadt Karlskoga festgestellt, dass es bei Schneefall viele verletzte FußgängerInnen gab, weil Gehwege nicht oder zu spät schnee- und eisfrei geräumt wurden. Und Menschen mit Kinderwägen blieben vor Schneehaufen überhaupt stecken.

Nach genauer Analyse, in der die Situation und die Bedürfnisse aller Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt wurden, wurde ein neuer Schneeräumungsplan aufgestellt, der sogar kostenneutral war, aber eine Umschichtung der Prioritäten vorsah. In Folge gab es weniger Verletzte.¹

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=xYikioYiilU>

Steuerung des demographischen Wandels:

Viele Gemeinden mit größerer Entfernung zum Zentralraum verzeichnen eine Abwanderung von jungen gut ausgebildeten Menschen, vor allem von Frauen. In der Folge gibt es weniger Kinder, Schulen müssen geschlossen werden und die Einwohnerzahl sinkt zunehmend. Gründe der Abwanderung sind oftmals mangelnde Kinderbetreuung und geringe Chancen für einen adäquaten Arbeitsplatz. Elisabeth Leitner-Rauchdobler: „Die Berücksichtigung dieser Faktoren im Rahmen von Gender Budgeting wirkt diesem Trend entgegen und wird für Gemeinden sprichwörtlich überlebensnotwendig sein.“

Dieser Zusammenhang wird zum Beispiel im 1. Kärntner Frauenbericht² deutlich: Kärnten ist das einzige Bundesland mit schrumpfender Einwohnerzahl, insbesondere junge Frauen verlassen das Bundesland. Gleichzeitig ist die Kinderbetreuung in Kärnten wesentlich häufiger ausschließlich den Frauen überlassen, bei den Kinderbetreuungseinrichtungen der Unter-3jährigen und der 3-jährigen Kinder liegt das Bundesland im Bundesländervergleich an letzter Stelle. (Stand 2011)

Umsetzung bis dato nur punktuell

In Österreich ist Gender Budgeting eine gesetzliche Verpflichtung im Verfassungsrang:

Bundes-Verfassungsgesetz, Artikel 13 Abs. 3

„Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben.“

Aktuell gibt es dennoch nur punktuelle Ansätze, Gender Budgeting umzusetzen – eine nationale gleichstellungspolitische Gesamtstrategie fehlt.

So gibt es in der **Stadt Wien** bereits seit dem Budget für das Jahr 2006 ein eigenes Kapitel für Gender Budgeting im Voranschlag und den entsprechenden Rechnungsabschlüssen. Neu ist, dass hier erstmals alle Budgetansätze auf ihre Relevanz für die Geschlechter hin überprüft werden.

In Oberösterreich hat sich 2002 die Landesregierung zur Strategie des Gender Mainstreaming als Leitprinzip und Methode der Politik und der Verwaltung bekannt. 2004 erfolgte ein erster politischer Beschluss, Gender Budgeting als Teilstrategie von Gender Mainstreaming zu implementieren. Die „Gender-Budget-Analyse in Oberösterreich“ wurde als Pilotprojekt durchgeführt, um die Geschlechtergerechtigkeit des Landesbudgets in den ausgewählten Bereichen Bildung, Gesundheit und Sport zu überprüfen.³ Auf Basis der Ergebnisse der Studie erfolgte im September 2006 ein neuerlicher Beschluss der Landesregierung, der die weitere Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting zum Inhalt hatte. Die Folgemaßnahmen blieben jedoch weitgehend aus. Vor allem fehlt die Einbettung in eine langfristig ausgerichtete Strategie. „Pilotstudien werden so zur Alibihandlung“, kritisiert Elisabeth Leitner-Rauchdobler.

² <http://www.fgz-kaernten.at/images/aktuelles/kfbvollversion.pdf>

³ https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/DokumenteAbt_Fin/Gender_Budget_Final_Langfassung.pdf

Petition: Wir fordern Umsetzung und Wirkungskontrolle

Das erste politische Bekenntnis zu einer gerechten Verteilung des öö. Landesbudgets ist also zwölf Jahre alt. Bis auf eine einmalige punktuelle Analyse ist seither wenig geschehen. Aktuell – und wir schreiben das Jahr 2016 – ist Gender Budgeting im Land Oberösterreich noch immer nicht umgesetzt.

Wir fordern deshalb den oberösterreichischen Landtag auf, Gender Budgeting im Budget des Landes umzusetzen und eine jährliche Wirkungskontrolle vorzunehmen. Die Ergebnisse sollen für alle leicht zugänglich online veröffentlicht werden und bei der Arbeit des Landes berücksichtigt werden.

Wir ersuchen Sie, diese Petition zu unterstützen, zu unterzeichnen, zu verbreiten, darüber zu informieren!

[Download Petition](#)

[Download Unterschriftenliste](#)

[LINK zur online Petition](#)

Download - Link Fotos zur öffentlichen Pressekonferenz nach der Pressekonferenz abrufbar auf <http://www.ohneunsvielspass.at/presse/>

Abdruck honorarfrei, © Brigitte Voglhofer

#OhneUnsVielSpaß

Die Angelobung einer frauenlosen Landesregierung in Oberösterreich rief im Oktober 2015 die Frauen auf den Plan: Über Facebook formierte sich innerhalb weniger Stunden eine Gruppe von Frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen – unabhängig von Parteizugehörigkeit, Beruf und Herkunft. Verbunden durch die gemeinsame Überzeugung, eine Regierung, die ausschließlich aus Männern besteht, im Jahr 2015 nicht unkommentiert hinnehmen zu wollen. “Ohne uns? Viel Spaß!” war das Motto, und unter dem Hashtag #OhneUnsVielSpaß wird seither auf die fehlende Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen der Gesellschaft aufmerksam gemacht.

Seit dem stillen Protest bei der Angelobung der Mitglieder der Landesregierung am 23. Oktober 2015 hat die Gruppe zu den Landtagssitzungen Parallel-Regierungssitzungen vor dem Landhaus veranstaltet und dort Forderungen gestellt, die ein Ziel gemeinsam haben: Die gesellschaftliche Realität abzubilden, in der Männer und Frauen als gleichwertige Partnerinnen vertreten sind und gleiche Rechte haben.

#OhneUnsVielSpaß ist eine stetig wachsende Plattform, in der sich Frauen parteiunabhängig gesellschaftspolitisch für die Anliegen der Frauen in Oberösterreich engagieren. Die Gruppe ist Mitglied des Bündnis 8. März, in dem sich 31 Frauenorganisationen in Oberösterreich zusammengeschlossen haben mit dem Ziel, Frauenpolitik sichtbar zu machen. Weltanschauliche, religiöse und politische Grenzen treten zurück und das gemeinsame Anliegen steht im Vordergrund.

Mehr Info: www.ohneunsvielspass.at